



**Netzausbau braucht Akzeptanz:** Wirtschaftsminister Altmaier (v.r.), hier in Haren (Niedersachsen), wird anders als anfangs verkündet, wohl nicht sämtliche Orte besuchen können, an denen die Menschen etwas gegen neue Stromtrassen haben.

# Spätes Bekenntnis

Der Bundeswirtschaftsminister hat einen ersten Aktionsplan zum **schnelleren Ausbau des Stromnetzes** vorgelegt. Ob die Maßnahmen greifen? Experten sind skeptisch.

Von Jörg-Rainer Zimmermann

**O**b in Bonn oder Haren, ob in Emden oder Cloppenburg – als Wirtschaftsminister Peter Altmaier Mitte August durch Deutschland tourt, um zu ergründen, warum der Ausbau des deutschen Stromnetzes nicht vorankommt, übt er sich wiederholt in einem Bekenntnis: „Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt. Und sie muss gelingen.“

Das Problem liefert er im gleichen Atemzug – die Fragen des Netzausbaus anzupacken, sei wohl zu spät begonnen worden. „Das sage ich ohne Schuldzuweisung“, erklärt Altmaier bei einer Diskussionsrunde im niedersächsischen Haren. Zuvor hatte er in Bonn bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) seinen Aktionsplan Stromnetz vorgestellt. Mit dem soll jetzt alles deutlich schneller gehen.

Das muss es auch. 2009 sollte das Energieleitungsausbaugesetz der Energiewende einen Weg in die Zukunft bahnen. Projekte mit einer Länge von 1800 Kilometern wollte man bis 2015 fertigstellen, 800 sind bislang geschafft. Bei der für die Planung zuständigen BNetzA schätzt man, dass bis 2020 etwa 1250 Kilometer in Betrieb sein werden. Doch die Herausforderung ist viel größer, Verzögerungen gibt es auch bei den Projekten des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (Nabeg) das 2011 in Kraft trat. Zählt man alles zusammen, kommt man auf insgesamt 7700 Kilometer. Davon sind aktuell 1750 Kilometer genehmigt, realisiert wurden 950.

Was steht nun also in dem Aktionsplan, der die Weichen neu stellt? Und sind die Maßnahmen geeignet, tatsächlich das Tem-

po zu erhöhen – beim Leitungsbau und damit auch bei der Aufstellung neuer Wind- und Solarparks?

Peter Ahmels beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema. Er ist zurückhaltend. „Es bleibt abzuwarten, was im Referentenentwurf des Gesetzes stehen wird. Ob es dann nur die altbekannten Lösungsvorschläge sind, mit denen man über Jahre nicht weitergekommen ist“, sagt der Netzexperte der Deutschen Umwelthilfe (DUH). In ähnliche Richtung läuft die Kritik von Oliver Krischer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundesgrünen: „Im vorgelegten Aktionsplan finden sich entweder Maßnahmen, die bereits praktiziert werden oder die nicht viel bringen werden. Ich denke da etwa an die verkürzten Verfahren bei Umbeseilung auf bestehenden Trassenab-

schnitten. Darüber spricht die Fachwelt ja schon sehr lange.“

Der Maßnahmenkatalog des Bundeswirtschaftsministeriums (BMW) steht auf zwei Säulen: Es geht darum, das bestehende Netz zu optimieren, um die aktuelle Lage zu entspannen – und darum, den Neubau voranzutreiben.

Bei der Optimierung setzt die BNetzA unter anderem auf den Einsatz von Seilen, „die höhere Temperaturen und Strommengen aushalten“. Die im Vergleich zu herkömmlichen Leiterseilen nicht gerade günstige Technologie wurde vor annähernd 20 Jahren in den USA auf den Markt gebracht. Hierzulande wird sie mindestens seit 2005 und dem Erscheinen der ersten Netzstudie der Deutschen Energie-Agentur (Dena) öffentlich diskutiert. Das BMW, seit 2002 wechselweise geführt von Politikern der SPD, CSU, FDP und CDU, hatte die Dena-Analyse mitfinanziert. Geschehen ist wenig.

Hinsichtlich der alten Vorschläge mahnt Peter Ahmels heute an, dass die Umsetzung wichtig sei, aber gut überlegt sein müsse. Um die Netze für grünen Strom aufnahmefähig zu machen, seien schnelle Maßnahmen nötig – so wie von der Erneuerbaren-Branche seit Jahren gefordert. Sie müssten aber auch im Gesamtsystem Sinn machen. Aktuelle Prognosen sagen für die Zukunft einen weiter steigenden Stromtransportbedarf voraus. Wozu es jetzt also nicht kommen dürfe, sei eine Optimierung auf solchen Trassen, auf denen absehbar in einigen Jahren ein Technologiewechsel erforderlich werden könnte, etwa zu noch leistungsfähigerer Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ). Sonst werde am Ende wieder über Kosten gestritten.

Auch andere im Plan genannte Optimierungsmethoden sind nicht ganz neu – so wird etwa auf große Chancen durch die „intelligente Überwachung und Steuerung der Netze“ hingewiesen, eine Maßnahme die ebenfalls von Experten seit langem gefordert wird. Andere Vorschläge

werden indes nicht unmittelbar zum Einsatz kommen können. Neuere Technologien, sogenannte Netzbooster zum Beispiel, mit denen bestehende Netzreserven dauerhaft nutzbar wären, dürften erst Mitte der 2020er-Jahre verfügbar sein, sagt die BNetzA selbst.

Beim schnellen Trassenneubau, der nicht zuletzt die großen HGÜ-Trassen des Nabeg betrifft, hängt viel von der Akzeptanz ab. Minister Altmaier pocht deshalb auf vorausschauendes Handeln. Es geht um Controlling, klassisches Projektmanagement: Die zuständigen Stellen

”

### Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt. Sie muss gelingen.“

Peter Altmaier, Bundeswirtschaftsminister

im BMW, bei den Ländern, der BNetzA sowie den Netzbetreibern sollen verstehen, was den Ausbau hemmt und entsprechend reagieren. Alle sechs Monate würden künftig Verantwortlichkeiten und Ziele vereinbart.

Grünen-Politiker Oliver Krischer verspricht sich hingegen viel davon, bestehende gesetzliche Regelungen anzupassen. So kommt aktuell eine Trasse des Netzbetreibers Amprion offensichtlich nicht voran, weil es in der betroffenen Kommune Hürth nicht möglich war, Alternativen zu Freileitungen zu wählen. Das Bundesverwaltungsgericht stoppte das Bauvorhaben im März. „Ich halte es für absolut falsch, auf Druck von Horst Seehofer in Bayern alle Leitungen unter die Erde zu legen, den Menschen im Rheinland aber zu erklären, dass sie ja bereits seit Jahrzehnten mit den Leitungen gelebt haben und jetzt auch mit höheren Masten und größeren Leitungskapazitäten klarkommen könnten“, so Krischer.

Um die Akzeptanz macht sich auch DUH-Experte Ahmels Sorgen: „Man sollte den Menschen vor Ort in jedem Fall von Anfang an erklären, wenn in bestehende Trassen eingegriffen wird, etwa um höhere Masten zu errichten.“ Genau an diesem Punkt scheint die Regierung jedoch

mit dem geplanten Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0 rütteln zu wollen – der Entwurf dazu soll noch im Herbst vorliegen.

Sieht der Netzexperte auch Positives in Altmaiers Aktionsplan? „Zu begrüßen ist, dass jetzt eine Vorratsplanung gesetzlich ermöglicht werden soll. Es wird also möglich, beim aktuellen Trassenbau Leerrohre zu verlegen“, sagt Ahmels. Zudem sei es gut, wie angekündigt, die Anreizregulierung zu ändern. Bislang nämlich gab es für Betreiberkonzerne kaum ökonomische Anreize zur Netzoptimierung, den schnelleren Ausbau oder die Minimierung der Kosten, die bei Netzengpässen anfallen.

„Eine denkbare Variante ist, die Redispatch-Kosten nicht mehr zu 100 Prozent zu erstatten. Das könnte Netzbetreiber veranlassen, mehr über Alternativen nachzudenken“, sagt Ahmels.

Wenn es bislang auch keine konkreten Aussagen aus dem BMW gibt, wie schnell der Netzausbau jetzt vorankommen könnte, wie die Optimierung des Trassenbestands und der Neubau vorausschauend aufeinander abgestimmt werden und welche der Nabeg-Trassen Priorität haben, steht zumindest ein Termin: Peter Altmaier lädt die Umwelt- und Wirtschaftsminister der betroffenen Bundesländer für den 20. September zu einem „Netzgipfel“ nach Berlin ein. Zudem sollen in dieser Zeit Gespräche mit Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden geführt werden.

Die wichtigste Frage mag jedoch sein, ob Peter Altmaier zu seinem Energiewende-Bekenntnis stehen kann. Auf seiner jüngsten Reise hat er deutlich gemacht, warum die Transformation gelingen muss: Es gehe um mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum, um die Lösung von ökologischen Fragen der Zukunft und um das Image von Deutschland als führende Industrienation. Sollte das jetzt versprochene Tempo beim Netzausbau ausbleiben, müsste sich Peter Altmaier wohl doch auf die Suche nach Schuldigen machen, schließlich hat er die Angelegenheit zur Chefsache erklärt. Das wäre jedoch Geschichte, wenn er, wie derzeit gemunkelt wird, 2019 nach Brüssel geht. ◀